

fraktion intern



Überall gut leben

*Mit kommunaler
Kraft voraus*

SEITE 12 - 13

*Wohnen darf
kein Luxus sein*

SEITE 14 - 15

*Interview mit
Rolf Mützenich*

SEITE 18 - 20

JOHANN GOTTFRIED VON HERDER — (1744 - 1803)

*» Heimat ist da,
wo man sich nicht erklären muss. «*

Solidarität!

**CARSTEN
SCHNEIDER,
MDB**



**ERSTER
PARLAMENTARISCHER
GESCHÄFTSFÜHRER**

Der Rücktritt von Andrea Nahles als Partei- und Fraktionsvorsitzende war ein tiefer Einschnitt. Sie hat sich in den vergangenen Jahren mit ganzer Kraft für die Sozialdemokratie eingesetzt. Dafür gebühren ihr großer Dank und Respekt. Viele ihrer Projekte, Vorhaben und Themen werden wir weiter vorantreiben. Ihr Leitmotiv „Für ein solidarisches Land“ bleibt zentral.

Es war gut, dass Rolf Mützenich sich in dieser schwierigen Situation bereit erklärt hat, das Amt des Fraktionsvorsitzenden kommissarisch zu führen. Er hat für diese verantwortungsvolle Aufgabe unsere volle Unterstützung. Denn Deutschland braucht eine starke SPD-Bundestagsfraktion.

Der Wirtschaft geht es gut, doch die gesellschaftliche Spaltung nimmt zu. Während weltweit agierende Konzerne Rekordgewinne einfahren, kommen viele Bürgerinnen und Bürger gerade so über die Runden, und der Abstand zwischen Arm und Reich wächst. Zukunftsängste und Abstiegssorgen fressen sich bis weit in die Mittelschicht ein. Gerade auch in abgehangenen Regionen werden Globalisierung und Wandel nicht als Chance, sondern vor allem als Bedrohung wahrgenommen. Zugleich nimmt nicht nur das Vertrauen der Menschen in die demokratischen Institutionen ab, sondern auch die Solidarität untereinander.

Diese Spaltungstendenzen sind brandgefährlich. Wo Zukunftsängste dominieren und kein soziales Vertrauen

herrscht, sind die Menschen weniger offen, weniger innovativ und weniger solidarisch – mit negativen Folgen für Wirtschaft und Sozialstaat. Umgekehrt gilt: Gut funktionierende Gesellschaften brauchen Solidarität, Vertrauen und Zukunftsoptimismus. Aus diesem Grund steht für die SPD-Fraktion der gesellschaftliche Zusammenhalt im Mittelpunkt. Unser Ziel ist es, das Leben der Menschen im Alltag zu verbessern und überall in Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Über die Maßnahmen, die wir dafür vorschlagen und in die Tat umsetzen, berichten wir im Schwerpunkt dieses Heftes.

Einen Beitrag für gleichwertige Lebensverhältnisse leistet nicht zuletzt der Bundeshaushalt 2020, den wir im Herbst beschließen werden. Obwohl die Steuereinnahmen langsamer ansteigen als erwartet, investieren wir mehr als jemals zuvor – in Infrastruktur, bezahlbaren Wohnraum und in den Klimaschutz. Nun bewähren sich auch die Grundgesetzänderungen aus dem Frühjahr: Der Bund überweist endlich direkt Geld an die Länder für Schulen und Bildung, sozialen Wohnungsbau und den öffentlichen Personennahverkehr – Verbesserungen, die die Bürgerinnen und Bürger konkret spüren werden. Das ist Politik für gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein solidarisches Land.

Euer und Ihr Carsten Schneider ■

Inhaltsverzeichnis

6 — TITEL



Überall gut leben

Die SPD-Fraktion nimmt es nicht hin, dass ganze Landstriche bei der Daseinsvorsorge vernachlässigt werden.

Niemand in Deutschland soll sich abgehängt oder als Mensch zweiter Klasse fühlen.

12 — KOMMUNEN



Mit kommunaler Kraft voraus

Die SPD-Fraktion verstand sich immer schon als Anwältin der Städte und Gemeinden. Diese grundsätzliche Haltung bestimmt ihr Handeln gegenüber den Kommunen. Nun werden sie weiter gestärkt.

**VON ELISABETH KAISER, MDB
UND BERNHARD DALDRUP, MDB**

17 — KOHLEAUSSTIEG

Sicherheit im Strukturwandel

Deutschland geht voran: Bis 2020 ist Schluss mit Atomstrom, bis 2038 will das Land aus der Kohlekraft aussteigen. Dieser Wandel muss sozial gerecht gestaltet werden.

14 — WOHNEN



Wohnen darf kein Luxus sein

Ob zur Miete oder im Wohneigentum – für viele Menschen wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Das muss sich ändern.

16 — KLIMA



Klimaschutz soll Gesetz werden

Deutschland bekennt sich zum Pariser Klimaabkommen. Jetzt muss es um mehr Verbindlichkeit gehen.

18 — INTERVIEW



» Wir kümmern uns «

Gespräch mit Rolf Mützenich, MdB

21 — AUSBILDUNG

Junge Menschen fördern

Auszubildende sind die Zukunft der Betriebe in unserem Land. Ihre Leistung verdient Respekt und eine ordentliche Bezahlung. Auch Studierende müssen finanziell gestärkt werden.

22 — RENTE

Wie die neue Grundrente funktionieren soll

Wer jahrzehntelang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll im Alter ordentlich abgesichert sein – ohne aufs Amt zu müssen.

VON KATJA MAST, MdB

23 — PFLEGE

Bessere Arbeitsbedingungen und Löhne in der Pflege

Ein Job in der Pflege ist mit das Ehrenwerteste, was man als Beruf ausüben kann. Und doch ist der Fachkräftemangel hier noch stärker zu spüren als in anderen Branchen.

VON HEIKE BAEHRENS, MdB

Überall gut leben



TITEL

Abgehängt?!

Die SPD-Fraktion nimmt es nicht hin, dass ganze Landstriche bei der Daseinsvorsorge vernachlässigt werden. Niemand in Deutschland soll sich abgehängt oder als Mensch zweiter Klasse fühlen.

Etlliche Wochen ging es so, dann wurde Bernd L. stutzig. Konnte es wirklich sein, dass montags niemals etwas im Briefkasten liegt? Gar nichts? Nicht mal Werbung? Schließlich passte der Rentner den Postboten ab, der immer mit dem Auto kommt – nachmittags so gegen 16 Uhr. Was er hörte, mochte L. kaum glauben: Montags lohne sich das nicht, da liefere er keine Post mehr, erklärte der Postbote lapidar. Umstrukturierungen und so.

Bernd L. war hin- und hergerissen. Ja, es ist ein kleines Dorf mitten im Sauerland im tiefsten Westfalen. Ja, montags ist vielleicht wirklich wenig Post unterwegs. Andererseits: Wenn doch? Ein Brief vom Amt? Mit Fristen?

So fängt es an. Irgendwann ist dann keine Postfiliale mehr weit und breit. Und der nächste Arzt praktiziert weit entfernt. Leider fährt der Bus da nicht mehr hin, eine Regionalbahn gibt es seit den 90ern nicht mehr. Taxi? Wer kann sich das leisten?

Nein, das ist nicht in Ordnung. Nur weil jemand auf dem Land lebt, darf er nicht abgeschnitten sein von der Versorgung. Und obwohl das täglich wohl überall in Deutschland passiert, dass die Post nicht kommt, der Bus nicht mehr fährt, das Freibad schließt, der Bäcker nicht mehr täglich öffnet, darf die Politik das nicht hinnehmen.

Denn abgesehen davon, dass dadurch hunderttausende Menschen tatsächlich

abgehängt werden, fühlen sie sich auch wie Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse. Die Gemeinschaft bricht so auseinander. Denn aus der Kränkung, es offenbar nicht mehr wert zu sein, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, werden irgendwann Frustration und Wut.

Der bedeutende Soziologe Francis Fukuyama hat sich ausgiebig mit den Ursachen befasst. Er beschreibt das Gefühl dieser Menschen, sich quasi „unsichtbar“ zu fühlen. Sie schimpften auf die Regierung, weil sie für die Eliten „nicht mehr erkennbar“ seien. Das wiederum werde als regelrechter Identitätsverlust empfunden, als Verlust an Würde.

WO DAS ‚WIR‘ ZUHAUSE IST

So etwas ist für die Politik nicht akzeptabel – und für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten schon gar nicht. Unlängst haben die Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktionen in Bund und Bundesländern das noch einmal in einem gemeinsamen Beschluss bekräftigt. Dort heißt es: „Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass Menschen überall dort, wo sie zuhause sind, wo ihre Heimat ist, die gleichen Chancen und Voraussetzungen für ein gutes Leben haben; von der Ostsee bis an die Alpen, vom Ruhrgebiet bis in die Lausitz.“

Für uns ist Heimat erlebter Zusammenhalt und gelebte Solidarität im Alltag. Heimat ist der Ort, an dem das ‚Wir‘ zu-



▲ BRAUNKOHLETAGEBAU

Noch arbeiten die riesigen Stahlkolosse im Tagebau, der Kohleausstieg ist aber beschlossene Sache. Spätestens 2038 soll Schluss sein mit der Braunkohle und Kohlekraftwerken.

hause ist, an dem alle dazugehören und niemand alleingelassen oder ausgegrenzt wird. Es ist der Ort, an dem alle gut und sicher leben und arbeiten können.“

Doch die Chance, Arbeit zu finden, ist in Deutschland ungleich verteilt. Landflucht in die Städte kann eine der Folgen sein. Prognosen des Statistischen Bundesamtes zeigen, dass in Deutschland im Jahr 2030 sage und schreibe rund 78 Prozent der Bevölkerung in Städten leben. Zugleich träumen diese Menschen aber von einem ruhigen und glücklichen Leben auf dem Land, was auch daran zu sehen ist, dass die Auflagen von Magazinen wie Landlust immer weiter steigen.

Es ist nicht nur kosmopolitische Attitüde junger Leute, in hippen Metropolen zu leben, sondern oft erzwungene Notwendigkeit. Die Jobs fehlen auf dem Land, der öffentliche Nahverkehr ist unzureichend, viel zu viele Löcher verhindern stabilen Mobilfunk. Und während die Mieterinnen und Mieter in den Großstädten unter den hohen Mieten ächzen, stehen auf dem Land immer mehr Häuser leer und verrotten Grundstücke.

GROSSPROJEKT STRUKTURWANDEL

Die Verfassung und der gesunde Menschenverstand gebieten es, dass in Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse herrschen müssen. Deshalb arbeitet die Koalition auf mehreren Ebenen und in verschiedenen Bereichen daran, dass das endlich Realität wird – und auch so bleibt.

Im Juli 2018 wurde dafür zum Beispiel die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt. Am 10. Juli dieses Jahres hat das Bundeskabinett bereits zwölf konkrete Maßnahmen zur Umsetzung ihrer Ergebnisse beschlossen. Nach der Sommerpause wird die Bundesregierung mit

den Ländern und Kommunen über weitere Schritte und über deren Rolle bei der Umsetzung beraten.

So sollen etwa über ein neues gesamtdeutsches Fördersystem gezielt strukturschwache Regionen gefördert werden. Die Grundidee des neuen Systems ist es, die bislang regional beschränkten Förderprogramme auf alle strukturschwachen Regionen in Ost und West, in Stadt und Land auszuweiten.

Andere Programme zur Stärkung von Innovation, technischer und sozialer Infrastruktur und zur Sicherung der Fachkräfte in strukturschwachen Regionen kommen hinzu. Der Osten wird auch unter diesem neuen System profitieren, ebenso die Gegenden in Westdeutschland, deren wirtschaftliche Grundlage durch Strukturwandel wie dem Kohleausstieg bedroht ist.

Bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) soll eine altersbezogene Komponente in das Indikatorsystem mit einer spürbar höheren Gewichtung eingebaut werden. Im Klartext: So können die zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklungs- und Jobpotenziale in der Region und die Bedeutung des demografischen Wandels einschließlich der Wanderungsbewegungen für die Strukturpolitik angemessen berücksichtigt werden. Nicht abgerufene Fördermittel aus Programmen dieses Fördersystems sollen über Jahre hinweg gebündelt und für Regionalprojekte in strukturschwachen Gegenden eingesetzt werden.

KOHLEAUSSTIEG SOZIAL GERECHT GESTALTEN

Eine Kommission zum Kohleausstieg (bis 2038) hat ihre Ergebnisse bereits vorgestellt. Die Regierung hat entsprechende Eckpunkte für ein „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ schon beschlossen.

Denn die dort lebenden Menschen trifft es fundamental und existenziell, wenn der Tagebau verschwindet. Ganze Biografien ändern sich dadurch, Lebenskonzepte, Überzeugungen, Kulturen, Sicherheiten und Gewissheiten. Diesen massiven Umwälzungen muss die Politik behutsam und mit großem Respekt begegnen. Sie muss aber auch rechtzeitig signalisieren, dass sie vorbereitet ist und die Betroffenen nicht fallen lässt. Der Kohleausstieg ist beschlos-

sene Sache, das sind wir dem Klima und den nachfolgenden Generationen schuldig. Aber er muss eben sozial gerecht gestaltet werden.

Das Strukturstärkungsgesetz soll für die betroffenen Regionen, zum Beispiel in Brandenburg, Sachsen und NRW, aus zwei Teilen bestehen: Ein Teil soll das „Investitionsgesetz Kohleregionen“ sein, der andere Teil bildet sich aus Änderungen an bestehenden Gesetzen.

MITSPRACHERECHT DER BETROFFENEN REGIONEN

Die darüber hinaus notwendige Gesetzgebung zum Kohleausstieg soll noch in diesem Jahr umgesetzt werden. Die Ergebnisse aus den Verhandlungen mit den Unternehmen der Braunkohlekraftwerke sollen in das so genannte Kohleausstiegsgesetz einfließen, so dass dieses Gesetz den Ausstieg aus der Steinkohle und der Braunkohle umfasst. Aber weil die energie- und strukturpolitischen Maßnahmen an das Ende der Kohleverstromung gekoppelt sind, müssen sie zeitlich und inhaltlich aufeinander abgestimmt sein.

Die Mittel sollen, so ist der Plan der Regierung, dabei zeitlich begrenzt und degressiv (abnehmend) bereitgestellt werden. Projekte müssen von den Bundesländern zu mindestens zehn Prozent mitfinanziert werden. Laut der Bundesregierung soll eine Bund-Länder-Vereinbarung geschlossen werden, das stärkt das Mitspracherecht der betroffenen Regionen.

KLEIN- UND MITTELSTÄDTE STÄRKEN

Zurück zur Landflucht. Wenn prosperierende Städte und Regionen den Großteil privater Investitionen und Arbeitsplätze anziehen, ist es am Staat, diese Ungleichheiten mit einer intelligenten Strukturpolitik abzumildern. Die Dezentralisierung von Behörden und öffentlichen Einrichtungen spielt hier eine wichtige Rolle.

Die Koalition strebt an, Klein- und Mittelstädte mit zentralörtlicher Funktion in strukturschwachen Regionen zu stärken. Bundes- oder Landesbehörden, Bildungseinrichtungen, Hochschulen und andere öffentliche Einrichtungen sollen dort angesiedelt oder Teile dorthin verlagert werden.

Mit dem Bundesprogramm ‚Modellvorhaben der Raumordnung‘ fördern SPD und Union integrierte Regional-Entwicklungskonzepte, die durch eine Analyse der regionalen Gegebenheiten die Grundlage für Entscheidungen für eine bedarfsorientierte Zukunftsplanung schaffen. Im Rahmen des ‚Bundesprogramms ländliche Entwicklung‘ und der Gemeinschaftsaufgabe für Agrarstruktur und Küstenschutz wird Regionalentwicklung unter anderem gefördert durch Regionalbudgets, Förderung genossenschaftlicher Modelle zur Daseinsvorsorge, Infrastrukturausbau, Regionalmanagement, Dorferneuerung und vieles mehr. Auch hier wird ein besonderer Fokus auf der Förderung strukturschwacher Regionen liegen.

INVESTITIONEN IN SCHULEN

Neben diesen Planungen ist übrigens das Grundgesetz geändert worden, damit der Bund strukturschwache Kommunen finanziell unterstützen kann. Mit dem Digitalpakt Schule investiert der Bund auf dieser Grundlage so beispielweise in die digitale Ausstattung von Schulen, damit Schülerinnen und Schüler überall in Deutschland fit für die Zukunft sind.

Besonders groß sind die Unterschiede bundesweit aber vor allem bei den Ganztagesangeboten im Grundschulalter. Die Sozialdemokraten wollen einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung und den Ausbau von Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen bundesweit fördern. Rheinland-Pfalz, Hamburg und Berlin zum Beispiel haben mit kostenlosen Kitas und Ganztagschulen gezeigt, was möglich ist. Außerdem wird es eine Mindestvergütung für Azubis geben. Sie wird sicherstellen, dass Auszubildende eine faire Bezahlung für ihre Leistungen erhalten. Das wird vor allem auch Ostdeutschland helfen, weil es mehr Schülerinnen und Schüler motiviert, eine Ausbildung auch auf dem Land zu beginnen.

KEINE WEISSEN FLECKEN MEHR BEIM MOBILFUNK

Auch die soziale Wohnraumförderung wurde durch den Bund ermöglicht, um Länder und Kommunen ab dem Jahr 2020 weiterhin beim Bau bezahlbarer Wohnungen zu unterstützen. Die Wohnung ist der Lebensmittelpunkt für Familien und das Zuhause eines jeden Menschen. Deshalb sollte niemand Sorge haben, eine bezahlbare, familien- oder altersgerechte Wohnung zu bekommen.

Die Mietpreisbremse wurde eingeführt – und wird im kommenden Jahr auch nochmal verschärft, die Mietspiegel müssen auf rechtlich klare Grundlagen gestellt und ihr Betrachtungszeitraum verlängert werden. Im Sommer soll es zu diesen Punkten konkrete Vorschläge geben.

Die Instrumentarien der Kommunen für eine nachhaltige Bodenpolitik müssen ebenfalls geschärft werden. Öffentlicher Grund und Boden muss zum Wohle aller Menschen genutzt werden.

Der Bund wird zudem beim Mobilfunkausbau helfen, und zwar so intensiv, dass es buchstäblich Internet bis zu jeder Milchkanne geben wird. Schluss mit den ‚weißen Flecken‘.

Mit dem neuen Investitionsfonds „Digitale Infrastruktur“ stehen übrigens allein für dieses Jahr rund 4,1 Milliarden Euro des Bundes bereit.

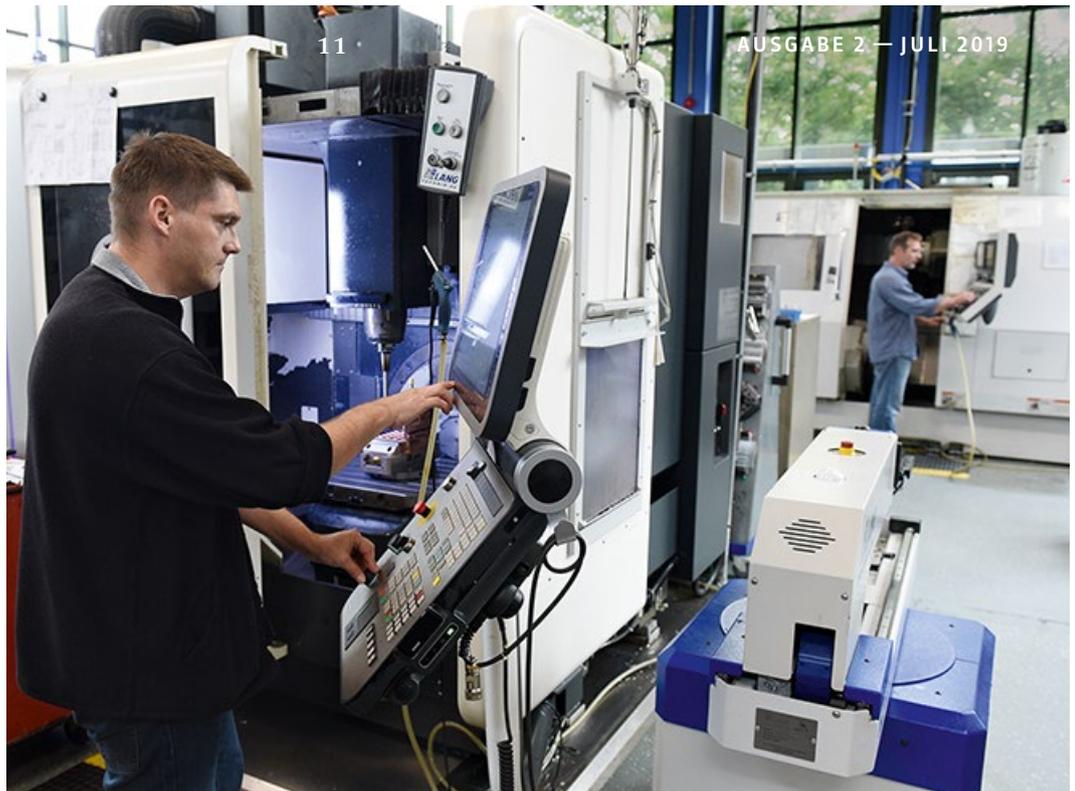
Auch der Nahverkehr und seine Infrastruktur werden ausgebaut.

ÄRZTLICHE VERSORGUNG GEWÄHRLEISTEN

Das ist alles wichtig und notwendig. Aber der bedeutsamste Punkt eines Menschen ist immer seine Gesundheit. Und gerade auf dem Land und dort vor allem im Osten Deutschlands ist der Ärztemangel täglich zu spüren. Während es in Städten wie Berlin und Hamburg an jeder Ecke Internisten und Psychotherapeuten gibt, sind sie Mangelware in Dörfern und Kleinstädten. Die Folge: keine Hausbesuche mehr, ellenlange Wege zu Praxen, monatelange War-

► DIGITALE INFRASTRUKTUR

Ein neues gesamtdeutsches Fördersystem soll künftig gezielt strukturschwache Regionen unterstützen. Dazu gehört auch die Stärkung von Innovationen und technischer Infrastruktur, damit die Fachkräfte nicht abwandern.



tezeiten auf Therapieplätze, die man aber logischerweise unmittelbar bräuchte. Was tun?

Mit dem Terminservice- und Versorgungsgesetz hat die Koalition erste Schritte getan, um die ambulante ärztliche Versorgung insbesondere auf dem Land zu stärken. Ärztinnen und Ärzte in unterversorgten Regionen erhalten regionale Zuschläge, und die Kassenärztlichen Vereinigungen werden verpflichtet, in unterversorgten Gebieten eigene Praxen oder mobile und telemedizinische Versorgungsalternativen anzubieten. Das heißt, man kann mit seinem Arzt auch via Computer sprechen. Dazu aber muss es eben auch schnelles und stabiles Internet überall geben.

Mit einer ‚Konzertierten Aktion Pflege‘ verbessert die Koalition auch die Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte. Auch das soll die Pflegesituation in strukturschwachen Gebieten stärken und dem steigenden Fachkräftebedarf Rechnung tragen. Mitte Juni hat das Kabinett dazu ein Gesetz für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen in der Altenpflege beschlossen.

GERECHTE GRUNDRENTE

Im sozialen Bereich tut sich noch mehr: Mit der geplanten Grundrente wird die Lebensleistung der Menschen stärker anerkannt – unabhängig von der ohnehin beschlossenen Angleichung der Renten in Ost und West bis 2025. Die Grundrente liegt oberhalb der Grundsicherung und steht jedem zu, der 35 Beitragsjahre vorweisen kann.

Wenn es nach der SPD-Fraktion geht, wird die Grundrente ohne eine Prüfung der Bedürftigkeit gewährt. Denn es geht um das Leben jeder einzelnen Person, und nicht darum, ob der oder die Partner/in reich oder arm ist.

Das Vertrauen in die gesetzliche Rente ist wesentlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Es ist aber auch Aufgabe der Solidargemeinschaft sicherzustellen, dass Arbeit sich lohnt und Menschen nach einem langen Arbeitsleben im Alter ein Auskommen haben, das ihre Leistung respektiert und anerkennt. Und mit der Grundrente will die SPD-Fraktion dafür sorgen, dass die Menschen sich auf das Kernversprechen des Sozialstaats verlassen können.

VERTRAUEN IN DEN STAAT

Die Bürgerinnen und Bürger müssen Vertrauen in ihren Staat haben können, der für Sicherheit und gleichwertige Lebensverhältnisse sorgt, individuelle Freiheit respektiert und den Raum für persönliche Entfaltung sichert – jedoch Ungerechtigkeiten ausgleicht, für Schwächere da ist und Perspektiven schafft.

Das Ziel: Ein Staat, der sich um gute Kitas und Schulen kümmert, um Unterstützung bei der Arbeitsplatzsuche, eine gute Internet- und Verkehrsinfrastruktur, medizinische Versorgung, bezahlbaren Wohnraum, Unterstützung im Alter und um eine lebendige Kultur vor Ort. Kurzum: ein Staat, der sich um alle gleichermaßen kümmert. Das ist den Aufwand wert. ■

KOMMUNEN

Mit kommunaler Kraft voraus

Die SPD-Fraktion verstand sich immer schon als Anwältin der Städte und Gemeinden. Diese grundsätzliche Haltung bestimmt ihr Handeln gegenüber den Kommunen. Nun werden sie weiter gestärkt.

VON ELISABETH KAISER, MDB UND BERNHARD DALDRUP, MDB

ELISABETH KAISER, MDB



Stellv. Sprecherin der
Arbeitsgruppe Kommunal-
politik

BERNHARD DALDRUP, MDB



Sprecher der Arbeitsgruppe
Bau, Wohnen, Stadtent-
wicklung und Kommunen

Die kommunale Selbstverwaltung hat Verfassungsrang. Die SPD-Fraktion verstand sich immer schon als Anwältin der Kommunen. Diese grundsätzliche Haltung bestimmt ihr Handeln gegenüber den Kommunen. In kaum einer früheren Legislaturperiode wurden die Städte und Gemeinden so stark unterstützt, wie zuletzt. Das bestätigen alle kommunalen Spitzenverbände. Diesen Kurs führen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch in der Großen Koalition fort.

GRUNDFINANZIERUNG SICHERN

Mit der Grundsteuerreform, die im Herbst verabschiedet werden wird, sichert der Bund die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen, also rund 15 Milliarden Euro jährlich. Weder die Länder noch der ehemalige Bundesfinanzminister haben diese Reform auf den Weg gebracht. Die SPD-Fraktion sorgt dafür, dass eine zentrale Säule der Kommunalfinanzierung erhalten bleibt und modernisiert wird.

Völlig klar ist, dass das kommunale Hebesatzrecht erhalten bleibt und somit letztlich die Kommunen entscheiden, wie hoch die Grundsteuer in der eigenen Stadt ist. Die SPD-Fraktion geht davon aus, dass die Kommunen verantwortungsvoll mit der Grundsteuerreform umgehen und mit Inkrafttreten im Jahre 2025 die Hebesätze so anpassen, dass das Gesamtvolumen erhalten bleibt, aber es nicht zu massiven Steuererhöhungen vor Ort kommt.

Mit der Grundsteuer C gibt es ein neues Instrument, um bebaubare Grundstücke einer Bebauung zuzuführen, damit Spekulationen entgegenzuwirken und Bauland zu mobilisieren.

INFRASTRUKTUR VERBESSERN

Die Investitionskraft der Kommunen wird weiter gestärkt. Der Aufbau von Gigabit-Netzen mit einem Finanzierungsvolumen von 10 bis 12 Milliarden Euro wird den notwendigen Schub geben. Dazu gehören natürlich auch die Unterstützungen im Wohnungsbau, der Städtebauförderung und die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Neben höheren Finanzierungsmitteln wurde dazu sogar das Grundgesetz geändert, um die Kommunen besser zu unterstützen. Das alles sind Maßnahmen, die maßgeblich auf die Initiative der SPD-Fraktion in der Koalition zurückgehen.

BESSERE BILDUNG, BESSERE CHANCEN

Die Kreidezeit geht zu Ende – der Digitalpakt Schule ist mit 5 Milliarden Euro abgesichert und macht die Schulen durch bessere Ausstattung fit für die Zukunft.

STARKE FAMILIEN – SOLIDARITÄT VOR ORT

Mit dem „Starke-Familien-Gesetz“ wird der Kinderzuschlag erhöht, gibt es kostenloses Schulesen und bessere Förderung der

Kinder aus Familien mit wenig Geld. Hinzu kommt ein höheres Kindergeld. All das hilft nicht nur den Familien, sondern entlastet auch die kommunalen Schul-, Jugend- und Sozialämter.

ARBEIT SCHAFFEN

Mit 4 Milliarden Euro unterstützt die Koalition die Schaffung eines sozialen Arbeitsmarkts, um denjenigen eine Chance zum Wiedereinstieg in die Gesellschaft zu geben, die sonst keine Chance hätten. Auch diese Maßnahmen werden sich kommunal auf die geringeren Kosten im Sozialgesetzbuch II auswirken.

BODEN UND BAUEN, WOHNEN UND MIETEN

Boden und Wohnraum dürfen kein Spekulationsobjekt sein. Um auf eine Marktentwicklung zu reagieren, die nicht mehr unter Kontrolle ist, ist der Staat als Akteur gefordert. Daher hat sich die SPD-Fraktion in der Bodenkommission für eine Trendwende in der Bodenpolitik eingesetzt. Der Dreiklang lautet: mehr Boden in kommunaler Hand, wirksame Maßnahmen gegen Bodenspekulation und Innenentwicklung von Ortschaften vor Außenentwicklung. Das bedeutet, den so genannten Donut-Effekt zu verhindern. Denn in ländlichen Gegenden entstehen neue Häuser oft an Ortsrändern. Das kann negative Folgen wie zunehmende Zersiedelung, verödennde Dorfzentren und neue Leerstände bedeuten. Innenstädte und Dorfkerne will die SPD-Fraktion deshalb stärken.

Mit dem vorgelegten Abschlussbericht der Bodenkommission werden das kommunale Baugebot gefestigt, die Vorkaufsrechte bei Immobilientransaktionen erleichtert, die Möglichkeiten, Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umzuwandeln reduziert und eine gemeinwohlorientierte Liegenschaftspolitik nach der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben nun auch auf das Bundeseisenbahnvermögen und die Deutsche Bahn AG übertragen.

KLIMASCHUTZ VERSTÄRKEN

Mit der Strukturwandel-Kommission machen wir ernst mit dem Kohleausstieg in Deutschland und leisten damit einen weiteren Beitrag zum Klimaschutz. Für die SPD-Fraktion ist Klimaschutz auch eine soziale Gestaltungsaufgabe, damit Menschen und Kommunen nicht mit den Folgen allein bleiben. Die Politik wird bis 2038 insgesamt bis zu 40 Milliarden Euro für die Weiterentwicklung der bisherigen Braun- und Steinkohlereviere in der Lausitz, in Nordrhein-Westfalen und in Sachsen und Sachsen-Anhalt zur Verfügung stellen.

Im Rahmen der Klimaschutzpolitik wird die Verkehrspolitik zur Umstellung auf umweltfreundliche Fahrzeuge

unterstützt. Über das „Konzept für saubere Luft und Sicherung der individuellen Mobilität in unseren Städten“ wurden im aktuellen Haushalt für die Hardware-Nachrüstung von schweren Kommundieselfahrzeugen und gewerblichen Handwerker- bzw. Lieferdieselfahrzeugen zusätzliche Mittel in Höhe von 216 Millionen Euro veranschlagt.

FLÜCHTLINGSFINANZIERUNG FORTSETZEN

Bis 2019 beteiligte sich der Bund mit circa 4,7 Milliarden Euro an den Flüchtlingskosten durch Hilfen an Länder und Kommunen. Obwohl die Regelungen bereits 2019 auslaufen sollten, sind sie fortgesetzt worden. Auf Druck der SPD-Bundestagsfraktion wird diese Finanzierung auch für die Jahre 2020 mit 3,35 Milliarden Euro und 2021 mit 3,15 Milliarden Euro verstetigt. Der Bund lässt die Kommunen nicht hängen. Allerdings hat er auch die Erwartung, dass die Länder ihrer Verantwortung insbesondere bei der Finanzierung der so genannten Geduldeten endlich gerecht werden.

PFLEGE VERBESSERN

Mit der „Konzertierten Aktion Pflege“ arbeitet die Koalition an besseren Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte. Diese Maßnahmen sollen auch die Pflegesituation in strukturschwachen Gebieten verbessern und dem steigenden Fachkräftebedarf Rechnung tragen. Dafür braucht es mehr Personal, mehr Ausbildung und höhere Löhne. Ein neues Gesetz dazu ist auf dem Weg.

GLEICHWERTIGE LEBENSVERHÄLTNISSCHAFFEN

Die Sozialdemokraten haben im Koalitionsvertrag bereits erreicht, dass das verfassungsrechtliche Gebot zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in dieser Legislaturperiode konkret bearbeitet wird. Die eigens dafür eingerichtete Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ hat ihren Bericht dazu vorgestellt. Für die SPD-Fraktion stehen dabei die kommunalen Altschulden, die Höhe der Sozialausgaben der Kommunen und die höhere Investitionskraft ebenso im Vordergrund, wie eine zielgenauere finanzielle Unterstützung strukturschwacher Regionen im Rahmen eines neuen gesamtdeutschen Fördersystems von 2020 an. Überdies wird die Koalition aber auch weitere Maßnahmen für eine stärkere kommunale Handlungsfähigkeit etwa bei der Engagementförderung sowie beim Breitband- und Mobilfunkausbau umsetzen.

Das alles wird eine Kernaufgabe in der zweiten Jahreshälfte 2019 sein. ■

WOHNEN

Wohnen darf kein Luxus sein

Ob zur Miete oder im Wohneigentum – für viele Menschen wird es immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Politik für ein solidarisches Land bedeutet darum auch, preiswerten Wohnraum zu schaffen und Mietwucher einzudämmen.

Der Wohnungsmarkt ist kein Monopoly. Wohnungen sind keine Ware wie jede andere und dürfen nicht zum Spekulationsobjekt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion wird nicht zulassen, dass unsere Städte zum sozialen Kampfplatz um das Wohnen werden. Wohnen im Kiez, im Viertel, im Dorf, das bedeutet funktionierende Nachbarschaften, das bedeutet Freunde und Familie, die Kegelbahn und die Pizzeria um die Ecke: Und es bedeutet ein „Wir-Gefühl“.

Bezahlbares Wohnen ist die neue soziale Frage unserer Zeit – und es gibt nicht die eine Lösung. Auf einem Wohngipfel im vergangenen Jahr hat die Große Koalition wichtige Maßnahmen verabredet, die sie mit Tempo im Deutschen Bundestag umsetzt.

Der Bundestag hat bereits mit dem von der Koalition vorgelegten Mieterschutzgesetz ein Maßnahmenpaket

beschlossen, das Mieterinnen und Mietern ganz konkret helfen wird. Es gilt seit Januar.

Die Mietpreisbremse ist verschärft: Vermieter sind verpflichtet, Mieterinnen und Mietern noch vor Abschluss des Mietvertrags unaufgefordert zu informieren, ob im konkreten Fall eine Ausnahme von der Mietpreisbremse vorliegt. Wenn die Auskunftspflicht verletzt wird, können sich die Vermieter zwei Jahre lang nicht auf eine Ausnahme berufen – und damit keine höhere Miete verlangen. Was vereinfacht ist: Wenn die Mieter der Auffassung sind, die Miete liege in unzulässiger Weise zehn Prozent oder mehr über der ortsüblichen Vergleichsmiete, können sie dies einfacher rügen und zu viel gezahlte Miete zurückverlangen.

Nach einer Modernisierung darf die Monatsmiete um nicht mehr als 3 Euro pro Quadratmeter innerhalb von



◀ BEZAHLBARES WOHNEN

Der soziale Wohnungsbau wird ausgeweitet. 5 Milliarden Euro stehen dafür zur Verfügung.

sechs Jahren steigen. Das gilt bundesweit. Bei Wohnungen, bei denen die Miete unter 7 Euro pro Quadratmeter beträgt, darf sie sogar nur um 2 Euro pro Quadratmeter innerhalb von sechs Jahren steigen.

SCHLUSS MIT HERAUSMODERNISIEREN

Zusätzlich hat die Koalition mit dem Gesetz die so genannte Modernisierungumlage gesenkt: Vermieter dürfen dann maximal acht statt wie bisher elf Prozent der Kosten auf die Jahresmiete aufschlagen. Auch diese Kappung gilt bundesweit.

Das gezielte Herausmodernisieren von Mietern wird mit einer Geldbuße bis zu 100.000 Euro geahndet.

Wenn soziale Träger für soziale Wohnprojekte, wie etwa Wohngruppen für Menschen mit Behinderung, Wohnungen angemietet haben, galt oft Gewerbemietrecht. Die Koalition regelt nun, dass für solche sozialen Wohnprojekte insbesondere der Kündigungsschutz des privaten Mietrechts gilt, damit die Mietverhältnisse nur bei erheblichen Pflichtverletzungen wie Zahlungsverzug beendet werden können.

BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN

Der soziale Wohnungsbau wird erheblich gestärkt. So werden für das Jahr 2019 die Mittel um 500 Millionen Euro auf dann 1,5 Milliarden Euro aufgestockt. Für die Jahre 2020 und 2021 stellt der Bund den Bundesländern mindestens 2 Milliarden Euro zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau bereit. Insgesamt stehen in dieser Legislaturperiode 5 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung.

Die Städtebauförderung leistet ebenfalls einen Beitrag: Die Bundesmittel für die Programme der Städtebauförderung bleiben auf dem Rekordniveau von 790 Millionen Euro.

Mit einer Reform des Wohngeldes werden Haushalte mit geringen Einkommen bei den Wohnkosten weiter entlastet. Ab 1. Januar 2020 soll es mehr Wohngeld geben, und es sollen mehr Haushalte Wohngeld erhalten. Zudem wird das Wohngeld automatisch alle zwei Jahre an die Miet- und Einkommensentwicklung angepasst. Im Bundestag laufen dazu bereits die Beratungen.

Ein Hilfsmittel zur Einhegung der Mieten ist die ver-

billigte Abgabe von öffentlichen Liegenschaften. Mit dem Haushaltsgesetz 2018 hat die Koalition dafür eine Rechtsgrundlage geschaffen und die Verbilligungsrichtlinie angepasst. Damit können Länder und Kommunen auf alle entbehrlichen Liegenschaften der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zugreifen, mehr noch, sie bekommen das Erstzugriffsrecht.

Die Kommunen können diese Liegenschaften auch an private Dritte weiterveräußern – aber nur zum Zwecke des sozialen Wohnungsbaus. Der BImA ist es künftig sogar möglich, Verbilligungen bis zu 100 Prozent des Grundstückskaufpreises einzuräumen, sofern dort Sozialwohnungen errichtet werden. Unter dieser Bedingung können auch private Investoren bauen.

Im Schulterschluss hat die Koalition im September 2018 eine Wohnraumoffensive vereinbart. Im Eiltempo wurden die wichtigsten Vereinbarungen schon gestartet. Als Nächstes sollen folgende drei Maßnahmen auf den Weg gebracht werden: eine Reform des Mietspiegels, eine weitere Verschärfung und Verlängerung der Mietpreisbremse über 2022 hinaus und das Bestellerprinzip für Makler bei Immobilienkäufen. Wer den Auftrag vergibt, soll zahlen.

Darüber hinaus will die SPD-Fraktion:

- Wirksamere Umwandlungsverbote in Eigentumswohnungen in stark nachgefragten Gebieten.
- Das Ende der „Share Deals“. Boden darf kein Spekulationsobjekt sein. Die Koalition soll hier eine rechtssichere gesetzliche Regelung treffen, um missbräuchliche Steuergestaltungen bei der Grunderwerbssteuer mittels „Share Deals“ zu beenden.
- Außerdem wird eine Strategie zur Fachkräftesicherung in der Baubranche kommen, mehr Mitarbeiterwohnungsbau, mehr Unterstützung für kommunale Wohnungsbauunternehmen und ein verbesserter Klimaschutz (Mieterstrom, Gebäudeenergiegesetz).

Der Berliner Senat ist übrigens einen mutigen Schritt gegangen und setzt auf Landesebene die sozialdemokratische Forderung eines Mietenstopps in Form eines so genannten Mietendeckels um. Mieterinnen und Mieter können damit rechnen, so bei ihren Mieten entlastet zu werden und eine Verschnaufpause zu erhalten. ■

KOHLEAUSSTIEG

Sicherheit im Strukturwandel

Deutschland geht voran: Bis 2020 ist Schluss mit Atomstrom, bis 2038 will das Land aus der Kohlekraft aussteigen. Dann gibt es nur noch Erdgas und erneuerbare Energien, und von 2050 an ausschließlich erneuerbare Energien.

Der ökologische Umbau, der für den Klimaschutz unabdingbar ist, erfordert eine Neuausrichtung der Wirtschaft. Diese Neuausrichtung bedeutet für viele Regionen massive Umwälzungen und verlangt nach einer sozialdemokratischen Strukturpolitik, die diese Transformation in einem ausgewogenen Verhältnis von Ordnungsrecht, finanziellen Anreizen und öffentlichen Investitionen begleitet.

Was damit gemeint ist: Bei der Gestaltung des Strukturwandels spielt für die SPD-Bundestagsfraktion der Staat eine zentrale, steuernde Rolle. Er muss auf der Basis wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Prozesse Technologieentscheidungen treffen, Infrastrukturen als Impuls für Strukturentwicklung einsetzen und dafür sorgen, dass der Wandel sozialverträglich erfolgt. Deshalb wollen die Sozialdemokraten hier neue Perspektiven eröffnen, bevor sich alte schließen. Das bedeutet, neue Infrastrukturen ausbauen, bevor Engpässe entstehen.

Das Ergebnis der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, kurz Kohlekommission, ist ein Erfolg des sozialdemokratischen Ansatzes, Arbeit, Wirtschaft und Umwelt zusammenzudenken.

So ist ein wichtiges Ergebnis, dass sich alle Beteiligten in der Kohlekommission auf eine Reihe von Anforderungen verständigt haben:

- Erreichen der Klimaschutzziele
- Ausbau der erneuerbaren Energien
- Erhalt und Schaffen neuer guter und tarifvertraglich abgesicherter Arbeitsplätze in den betroffenen Regionen
- sichere und bezahlbare Versorgung mit Strom und Wärme zu jedem Zeitpunkt sowie
- Erhalt und die Weiterentwicklung der Kohlereviere zu weiterhin lebenswerten und attraktiven Regionen

Der Anspruch ist, Betroffene dabei zu Beteiligten zu machen und im direkten und kritischen Gespräch miteinander

den einen gesamtgesellschaftlichen Konsens zu erreichen.

Öffentliche und private Investitionen sind die Voraussetzung für neue Wertschöpfung und Beschäftigung in den Regionen, die vom Kohleausstieg betroffen sind. Mit dem Sofortprogramm für Braunkohleregionen hat die Koalition erste öffentliche Mittel bereitgestellt.

Mit der Verabschiedung des so genannten Strukturstärkungsgesetzes und des Kohleausstiegsgesetzes werden weitere Gelder folgen: Die vor allem betroffenen Regionen in der Lausitz und im Rheinland sollen zusammen rund 40 Milliarden Euro in den nächsten Jahrzehnten bekommen. Das Kohleausstiegsgesetz beinhaltet ein neues Anpassungsgeld für die soziale Absicherung der Beschäftigten in den Kohlerevieren. Die Sozialpartner werden vor Ort an der Entscheidung über die Mittelverwendung beteiligt.

UMBAU DES ENERGIESYSTEMS

Wichtig ist, die Beschlüsse der Kommission zeitnah in Gesetzesform zu gießen, auf jeden Fall noch 2019. Das Kabinett hatte bereits die Eckpunkte zum Strukturstärkungsgesetz beschlossen, das Kohleausstiegsgesetz soll im Herbst vorgelegt werden. Die Verhandlungen mit den Betreibern der Braunkohlekraftwerke laufen.

Mit dem Kohleausstieg ist ein wichtiger Schritt zum Umbau unseres Energiesystems geschafft. Es müssen nun die gesetzlichen Rahmenbedingungen angepasst und um die Akzeptanz in der Bevölkerung für den Ausbau der erneuerbaren Energien immer wieder geworben werden.

Die Neuausrichtung der gesamten Wirtschaft birgt die Chance, dass innovative Unternehmen, unterstützt durch eine sozialdemokratische Strukturpolitik, andere Unternehmen mitziehen. Gerade Betriebe in den vom Strukturwandel betroffenen Gegenden, die nicht unmittelbar mit der Energiewirtschaft verbunden sind, können der Region ein neues Image geben. Das sollten sie nutzen. ■

INTERVIEW

„Wir kümmern uns“

Gespräch mit Dr. Rolf Mützenich, MdB



Der kommissarische Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion macht deutlich, was seine Fraktion für mehr Zusammenhalt im ganzen Land tut, warum die Grundrente zügig kommen muss, wie es bei Klimaschutz und Kohleausstieg weitergeht – und was für ihn Heimat ausmacht.

Was bedeutet für Sie Heimat?

Heimat ist für mich vor allem eine Lebensgeschichte, ein persönliches Gefühl der Vertrautheit und Zugehörigkeit. Ich verbinde mit dem Begriff „Heimat“ meine Familie, meine Freunde und meine Geburtsstadt Köln.

Viele Menschen fühlen sich in ihrer Heimatregion abgehängt. Was tut die SPD-Fraktion, um den Zusammenhalt zu stärken?

Keine andere Fraktion steht so sehr für gesellschaftlichen Zusammenhalt wie die SPD-Fraktion. Angesichts großer Veränderungen in der Arbeitswelt, einer alternden Gesellschaft, Armut von Kindern und Alten und vor allem auch massiv steigender Mieten in den Städten ist es wichtig, dass es nicht immer mehr auseinander driftet. Darum kümmern wir uns.

Es geht beispielsweise um Grundrente, Mietpreisbremse, Klimaschutzgesetz – es liegen viele Vorschläge der SPD-Fraktion auf dem Tisch. Ich erwarte von unserem Koalitionspartner nach der Sommerpause eine klare Entscheidung, ob die Union bereit ist, den Weg mit uns mitzugehen.

Die SPD-Fraktion will eine Grundrente einführen, die ohne eine Prüfung der Bedürftigkeit auskommt. Weshalb ist das der richtige Weg?

Wir wollen Anerkennung und Respekt für diejenigen, die 35 Jahre lang gearbeitet, Kinder groß gezogen oder Angehörige gepflegt haben – also für alle, die in die Rentenversicherung eingezahlt haben. Von der Grundrente profitieren vor allem Frauen. Das sind keine Almosen, sondern der berechnete Anspruch wurde hart erarbeitet.

Im Übrigen kennt die Rentenversicherung keine Bedürftigkeitsprüfung. Die Bedürftigkeit spielt vielmehr im Nachgang eine Rolle bei der gemeinsamen Besteuerung von Ehepartnern. Ich erinnere unseren Koalitionspartner immer wieder gerne daran, dass auch bei der Mütterrente richtigerweise keine Bedürftigkeitsprüfung erforderlich ist. Wir haben also gute Argumente auf unserer Seite.

Lange hat die SPD-Fraktion auch für den Mindestlohn für Azubis gekämpft, jetzt kommt er endlich. Warum ist das ein so wichtiges Signal an junge Leute?

Auszubildende sind die Zukunft der Betriebe in unserem Land. Sie lernen einen Beruf und packen mit an. Ihre Leistung verdient Respekt und eine ordentliche Bezahlung. Die Mindestausbildungsvergütung ist gleichzeitig auch eine gute Nachricht für Handwerksbetriebe und Unternehmen. Denn jeder Ausbildungsbetrieb muss sich fragen, wie er angesichts des Fachkräftemangels junge Leute gewinnt.

Zu einem attraktiven Ausbildungsplatz gehört auch eine angemessene Mindestvergütung.

Die Einführung des allgemeinen Mindestlohns hat uns übrigens eines ganz deutlich gezeigt: Die Argumente der Gegner waren falsch. Der Mindestlohn hat keine Arbeitsplätze gekostet. Ich bin mir sicher, dass wir das auch über die Mindestausbildungsvergütung werden sagen können.

2019 ist für die Koalition das Jahr des Klimaschutzes. Wie lässt sich gewährleisten, dass die Maßnahmen zum Schutz des Klimas nicht zu sozialer Ungerechtigkeit führen?

Wir setzen uns mit allen Experten an einen Tisch: Klima- und Verkehrsexperten zusammen mit Wirtschafts- und Gewerkschaftsleuten. Das machen wir auch in der Bundestagsfraktion so. Zentrale Frage ist für uns: Wie machen wir Betroffene zu Beteiligten, wie nehmen wir alle mit? Daran wollen wir zusammen mit unseren Partnern bei den Gewerkschaften und Verbänden in den nächsten Wochen und Monaten intensiv arbeiten.

Der Kohleausstieg bis 2038 ist beschlossene Sache. Was müssen bei diesem Strukturwandel die nächsten Schritte sein?

Die Kohlekommission ist zu einem gemeinsamen Vorschlag gekommen, der weit über das hinausgeht, was die Jamaika-Parteien bei ihren Sondierungsgesprächen vereinbart hatten. Und was noch viel besser ist: Der Vorschlag wird von allen Beteiligten getragen.

Darauf muss der Bundestag aufbauen und ein Strukturstärkungsgesetz und ein Kohleausstiegsgesetz beschließen. Denn beides gehört zusammen: der Ausstieg aus der Kohle und die Stärkung der betroffenen Kohlereviere. Wir alle brauchen eine lebenswerte Natur und Umwelt. Und wer in der Region lebt, braucht eine Perspektive, um dort auch weiterhin arbeiten zu können. Dieser Aufgabe stellen wir uns.

Ein weiteres wichtiges Anliegen, auch von Ihnen persönlich, sind strengere Regeln für Waffenlieferungen an andere Länder. Die Koalition hat jüngst die Vorgaben bei Rüstungsexporten nochmal verschärft. Dennoch liest man oft, es würde Kriegsgerät an Länder geliefert, die am Jemenkrieg beteiligt sind. Können Sie aufklären?

Im Koalitionsvertrag heißt es: „Wir werden ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind.“ Ich hatte in den Sondierungen eine noch klarere Linie durchgesetzt, die jeden Export von Waffen ausschloss.

Erst in den Koalitionsverhandlungen kam auf Wunsch der Kanzlerin und anderer das Wort „unmittelbar“ dazu,

das leider mehr Spielraum lässt. Ich bedaure das. Im Herbst wird die SPD-Bundestagsfraktion weitere Vorschläge für eine restriktive Genehmigung von Rüstungsexporten vorlegen, die auf mehr Transparenz und höhere Verbindlichkeit setzen.

Sehen Sie eigentlich noch eine Lösung für den Konflikt zwischen den USA und dem Iran?

Obwohl beide Seiten beteuern, sie wollten keinen Krieg, droht die Gefahr, dass ein weiterer Funke genügt, und der nicht gewollte Krieg wird real. Die Lage am Persischen Golf ist explosiv, leider.

Zunächst müssen die Hardliner und Scharfmacher ihre brandgefährliche Rhetorik zurückfahren – keine weiteren Provokationen! Dann brauchen wir eine Untersuchungskommission der Vereinten Nationen. UN-Generalsekretär António Guterres muss im Konflikt vermitteln.

Was die Region jetzt braucht, ist Deeskalation und Dialog. Deutschland muss auch im Rahmen der Europäischen Union aktiv werden, um die tiefen Gräben zu überbrücken und Gesprächskanäle zu öffnen. So wie wir militärische Drohgebärden ablehnen, werden wir uns an derartigen Auseinandersetzungen nicht beteiligen.

Im Bereich Pflege hat die Koalition vieles auf den Weg gebracht, um die Situation für Patienten, Pflegenden und Angehörige zu verbessern. Welche sind die weiteren Maßnahmen aus Sicht der SPD-Fraktion?

Wir müssen vor allem den Teufelskreis aus schlechten Arbeitsbedingungen und Personalmangel durchbrechen. Ein Schlüssel dazu ist die bessere Bezahlung in der Pflege – und dazu hat die Regierung gerade ein Gesetz auf den Weg gebracht. Es eröffnet uns die Möglichkeit, einen Tarifvertrag in der Pflege auf ganz Deutschland auszuweiten. Und auch, wenn es keinen Tarifabschluss geben sollte, haben wir vorgesorgt: Dann können wir Mindestlöhne und Mindeststandards für Arbeitsbedingungen in der Pflege festsetzen. So stellen wir sicher, dass Pflegerinnen und Pfleger endlich die Wertschätzung erfahren, die sie verdienen.

Die Politik ist verpflichtet, gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Besonders im Osten Deutschlands ist das noch immer eine Herausforderung. Was können wir tun?

Lebensqualität darf nicht vom Wohnort abhängen, egal ob im Osten oder im Westen. Niemand soll wegziehen müssen, weil die Arztpraxis und die Schule schließen oder der Bus nur noch einmal täglich vorbeikommt.

Wir brauchen deshalb kreative Ideen, um die Attraktivität der ländlichen Regionen zu erhalten. Daher ist es gut, dass die Regierung letztes Jahr die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt hat, die jetzt konkrete Vorschläge macht. Dazu zählen vor allem zukunftsweisende Lösungen zum Ausbau der sozialen Infrastruktur: bei Bildung, Kultur, Breitband, bezahlbarem Wohnen, Gesundheit und Mobilität – und zwar überall in Deutschland. ■



***Lebensqualität darf nicht
vom Wohnort abhängen, egal
ob im Osten oder im Westen.***



AUSBILDUNG

Junge Menschen fördern

Auszubildende sind die Zukunft der Betriebe in unserem Land. Sie lernen und packen mit an. Ihre Leistung verdient deshalb Respekt und eine ordentliche Bezahlung. Daneben ist und bleibt das Bafög die Studienfinanzierung, die wesentlich zur Chancengleichheit beiträgt.

Der Bundestag hat Ende Juni in erster Lesung den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur „Modernisierung und Stärkung der beruflichen Bildung“ beraten.

Die Mindestausbildungsvergütung (MAV), gewissermaßen der Azubi-Mindestlohn, ist die größte Verbesserung dieser Reform, denn gut ausgebildete Fachkräfte brauchen eine sichere finanzielle Grundlage – schon während ihrer Ausbildung.

Schon jetzt sind alle Betriebe verpflichtet, ihren Auszubildenden „eine angemessene Ausbildungsvergütung“ zu zahlen. Mit der Mindestvergütung wird diese endlich konkretisiert und im Berufsbildungsgesetz verankert. Die Mindesthöhe der Vergütung für eine Ausbildung wird zunächst von 2020 an auf 515 Euro für das 1. Lehrjahr festgelegt und sich bis ins 3. Lehrjahr um 35 Prozent auf 695 Euro erhöhen.

Die SPD-Fraktion hat erreicht, dass die Vergütungen mit fortschreitender Ausbildung in den nächsten Jahren deutlich steigen werden: In den Jahren 2021, 2022 und 2023 erhöht sich die MAV im 1. Lehrjahr in weiteren Schritten von 550 Euro über 585 Euro bis auf 620 Euro. Durch die prozentuale Anpassung wird sie dann im 3. Ausbildungsjahr 2025 schlussendlich 837 Euro betragen. Diese Beträge werden auch in Zukunft weiter fortgeschrieben und erhöhen sich entsprechend.

Wichtig ist dabei: Die Ausbildungsvergütung regelt sich weiter nach Tarifvertrag, der zwischen Sozialpartnern ausgehandelt wird. Der Azubi-Mindestlohn sichert aber eine untere Grenze. Nur tarifgebundene Ausbildungsbetriebe können ihren Auszubildenden die für sie geltenden tariflichen Ausbildungsvergütungen zahlen, wenn diese noch unter den oben genannten Sätzen liegen. Sie sollten bis zum Jahr 2024 an die Sätze der gesetzlichen Mindestvergütung herangeführt werden. Das Gesetz soll am 1. Januar 2020 in Kraft treten.



MEHR BAFÖG FÜR MEHR STUDIERENDE

Jeder junge Mensch in Deutschland soll die Chance auf ein erfolgreiches Leben haben. Deshalb hat der Bundestag jetzt deutliche Verbesserungen beim Bafög beschlossen: So werden unter anderem die Einkommensfreibeträge, die Bedarfssätze und der Wohnzuschlag erhöht.

Der Förderungshöchstsatz steigt bis 2020 um mehr als 17 Prozent von derzeit 735 Euro auf künftig insgesamt 861 Euro monatlich.

Die Bedarfssätze werden bis 2020 in zwei Schritten um insgesamt sieben Prozent angehoben, d. h. der Grundbedarf bei Studierenden steigt von 399 Euro auf 427 Euro. Dadurch wird eine verlässliche Ausbildungsförderung sichergestellt, die den gestiegenen Lebenshaltungskosten Rechnung trägt.

Der Wohnzuschlag wird für Bafög-Geförderte, die nicht bei den Eltern wohnen, im ersten Schritt der Novelle 2019 um 30 Prozent von derzeit 250 Euro auf 325 Euro angehoben.

Und um mehr Studierende aus der Mitte der Gesellschaft zu erreichen, werden die Einkommensfreibeträge um insgesamt mehr als 16 Prozent angehoben. Damit wird etwa der Grundfreibetrag vom Elterneinkommen von 1715 Euro bis 2021 auf 2000 Euro erhöht. ■

RENTE

Wie die neue Grundrente funktionieren soll

VON KATJA MAST, MDB

Wer jahrzehntelang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll im Alter ordentlich abgesichert sein. Nun hat Bundessozialminister Hubertus Heil (SPD) einen Gesetzentwurf zu einer Grundrente vorgelegt.

Wer ein Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, muss im Alter mehr haben als die Grundsicherung. Deshalb haben die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sich in den Koalitionsverhandlungen mit der Union für die Grundrente starkgemacht – und durchgesetzt. Es geht darum, Leistung zu honorieren und häufig auch Altersarmut zu verhindern.

Es geht um die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger dieser Gesellschaft, die unverzichtbare gesellschaftliche Aufgaben erledigt haben, aber nur gering entlohnt wurden, zum Beispiel Lagerarbeiterinnen und -arbeiter, Friseurinnen und Friseure, Kassiererinnen und Kassierer oder auch Hilfskräfte in der Gastronomie.

Dieses Versprechen muss der ganzen Gesellschaft etwas wert sein, darum will es die SPD-Fraktion auf breite Schultern stellen.

Der Gesetzentwurf umfasst vier Maßnahmen, die 2021 in Kraft treten sollen:

- Einführung der Grundrente für langjährig Versicherte,
- Einführung eines Freibetrages in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung,
- Bessere Absicherung im Alter bei Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Rehabilitationszeiten,
- Entlastung der Rentnerinnen und Rentner durch die Absenkung des Beitrages zur Krankenversicherung auf den ermäßigten Beitragssatz, wie er für alle Versicherten ohne Anspruch auf Krankengeld gilt.

Eine Bedürftigkeitsprüfung wie in der Sozialhilfe ist nicht vorgesehen. Denn für uns Sozialdemokraten ist klar, es geht um einen Anspruch in der Rentenversicherung auf der Grundlage von eigenen Beiträgen und nicht um Sozialhilfe.

DIE VORAUSSETZUNGEN

Für Menschen mit geringen Einkommen wird die Rente ab 35 Jahren Arbeit, Kindererziehung und Pflege von Angehörigen um einen Zuschlag erhöht.

Von der Grundrente werden rund drei Millionen Menschen profitieren, 80 Prozent davon sind Frauen. Elf Prozent der Rentnerinnen und Rentner in den alten Bundesländern werden von der Grundrente profitieren, in den neuen Bundesländern sind es rund 15 Prozent. Die Höhe des Zuschlags bemisst sich nach den in den Grundrentenzeiten erworbenen Entgeltpunkten.

Wichtig dabei: Die Grundrente ist leistungsgerecht und hat Bedingungen. Denn sie setzt mindestens 35 Jahre Grundrentenzeiten voraus, richtet sich nach der Höhe der erworbenen Entgeltpunkte und wird, etwa bei hohem Partnerinkommen im Rentenalter, dem individuellen Steuersatz entsprechend besteuert. Da bei der Anerkennung von Lebensleistung nicht zwischen heutigen und künftigen Rentnerinnen und Rentnern unterschieden werden kann, gelten die Regelungen für alle. Das wird den Menschen nicht geschenkt, sondern sie haben es sich verdient!

Zugangsvoraussetzung für die Grundrente ist das Erreichen von mindestens 35 Jahren „Grundrentenzeiten“. Das sind

- Pflichtbeitragszeiten für versicherte Beschäftigung/Tätigkeit,
- Pflichtbeitragszeiten aufgrund von Kindererziehung, Pflege und Antragspflichtversicherung von Selbständigen,
- Rentenrechtliche Zeiten wegen des Bezugs von Leistungen bei Krankheit und Rehabilitation,
- Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung und Pflege

Übrigens: Wer 35 Jahre lang in der gesetzlichen Rentenversicherung oder anderen verpflichtenden Alterssicherungssystemen versichert war, soll einen Freibetrag in der Grundsicherung erhalten. Damit wird in allen Fällen für langjährig Versicherte sichergestellt, dass das Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherung liegt. ■



KATJA MAST, MDB

Stellv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für Arbeit, Soziales, Familie, Senioren, Frauen und Jugend

PFLEGE

Bessere Arbeitsbedingungen und Löhne in der Pflege

VON HEIKE BAEHRENS, MDB

Pflegekräfte sind bei ihrer Arbeit hohen körperlichen und psychischen Belastungen ausgesetzt. Schicht-, Wochenend- und Nachtdienste erschweren die Arbeitsbedingungen. Trotzdem ist die Identifikation der Pflegekräfte mit ihrem Beruf sehr hoch, sie empfinden ihre Arbeit als sinnstiftend.

In ihrem Arbeitsalltag aber erleben sie häufig eine deutliche Diskrepanz zwischen ihrem hohen Berufsideal, dem Verständnis von Pflege und Sorge auf der einen und den Alltagsabläufen auf der anderen Seite. Ökonomisierung, zunehmende Arbeitsverdichtung und auf Dokumentation ausgerichtete Qualitätsanforderungen lassen wenig Raum für den Blick auf den einzelnen Pflegebedürftigen in seinen sozialen Bezügen.

Wir wollen die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern! Deshalb hat die Koalition bereits letztes Jahr ein Sofortprogramm beschlossen, mit dem 13.000 zusätzliche Stellen in stationären Pflegeeinrichtungen geschaffen werden. Außerdem werden in den Krankenhäusern die Pflegepersonalkosten von 2020 an aus den Fallpauschalen herausgelöst und einschließlich Tarifsteigerungen direkt erstattet. Damit entfällt zukünftig der Anreiz, Pflegekosten zulasten des Personals einzusparen. Gleichzeitig hat die Koalition mit dem Gesetz aber auch die Situation von pflegenden Angehörigen verbessert, indem sie beispielsweise ihren Anspruch auf Reha gestärkt hat.

BESSERE LÖHNE IN DER ALTENPFLEGE

Wir als SPD-Fraktion wollen, dass Pflegekräfte überall im Land gut bezahlt werden und gute Arbeitsbedingungen bekommen.

Deshalb unterstützen wir alle Bemühungen, zu einem Tarifvertrag Pflege zu kommen. Ein Ergebnis der „Konzertierten Aktion Pflege“, die nach einjähriger Zusammenarbeit aller wichtigen Pflegeakteure kürzlich ihre Beschlüsse präsentiert hat, war in dieser Hinsicht besonders wichtig: Mehrere Sozialverbände haben einen Arbeitgeberverband gegründet. Dieser Verband kann nun in Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften einen Tarifvertrag aushandeln. Und die kirchlichen Arbeitgeber haben signalisiert, daran mitzuwirken. Wenn das gelingt, wird unser Arbeitsminister Hubertus Heil diesen Tarifvertrag „erstrecken“, d. h. für die gesamte Branche gültig machen.

Sollte es nicht gelingen, besteht eine zweite Option: Über eine Pflegemindestlohnkommission können nach Qualifikation differenzierte Untergrenzen zu Lohn und Arbeitsbedingungen eingezogen werden. Für beide Optionen schaffen wir die gesetzlichen Voraussetzungen mit einem Gesetz zur Verbesserung der Löhne in der Pflege, das vom Kabinett bereits verabschiedet wurde und nach der Sommerpause im Parlament beraten wird.

Klar ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass der Weg über die Mindestlohnkommission nur die Notfalllösung sein kann. Darum unterstützen wir politisch alle Sozialpartner, die sich für gute Tarifbedingungen einsetzen. Wir appellieren an das Deutsche Rote Kreuz, sich anderen freigemeinnützigen Arbeitgebern anzuschließen und mit ihnen den privatgewerblichen Arbeitgebern entgegenzutreten, die weiterhin keine Tarifverträge in der Pflege wollen. Die Pflege verdient gute Standards und nicht nur ein Mindestmaß! ■

HEIKE BAEHRENS, MDB



Pflegebeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion

-  [spdfraktion.de/facebook](https://www.facebook.com/spdfraktion.de)
-  [spdfraktion.de/twitter](https://www.twitter.com/spdfraktion.de)
-  [spdfraktion.de/youtube](https://www.youtube.com/spdfraktion.de)
-  [spdfraktion.de/flickr](https://www.flickr.com/photos/spdfraktion.de/)

IMPRESSUM

HERAUSGEBER SPD-Bundestagsfraktion

VERANTWORTLICH Carsten Schneider MdB,
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

REDAKTION Dr. Alexander Linden

TEXTE Heike Baehrens , Bernhard Daldrup, Elisabeth Kaiser, Dr. Alexander Linden, Katja Mast, Marco Siebert, Dr. Gabriele Werner, Nicole Zöllner

ABBILDUNGEN (c) LE Photo/Shutterstock.com (S. 1), photothek (S. 3), In front of my Camera/Shutterstock.com (S. 4, 6, 7), picture alliance/Westend61 (S. 4), picture alliance / Phanie (S. 5, 14), picture alliance/Marcel Kusch/dpa (S. 5, 16), photothek (S. 5), picture alliance (S. 8), (c) dpa (S. 11), Susie Knoll (S. 12), photothek (S. 18), wavebreakmedia/Shutterstock.com (S. 21), photothek (S. 22), Susie Knoll (S. 23)

REDAKTIONSANSCHRIFT SPD-Bundestagsfraktion
Öffentlichkeitsarbeit, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/227-510 99 Telefax: 030/227-568 00

E-Mail: redaktion@spdfraktion.de

Internet: www.spdfraktion.de

DESIGN MUTABOR Design GmbH, Hamburg

SATZ Dominique Mayer, Berlin

DRUCK Möller Druck und Verlag GmbH, Berlin

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.